

■ ANREISE

Sie erreichen das Albert Schweitzer Haus zB:
ab Schottentor – ca. 10 Min. Fußweg
Straßenbahn 43 oder 44 – Landesgerichtsstraße
Straßenbahn 37, 38, 40 oder 42 – Schwarzspanierstraße

■ INFORMATION

EU-Umweltbüro im Umweltdachverband
Alser Straße 21, 1080 Wien
Tel. 01/401 13-22
www.eu-umweltbuero.at



■ ANMELDUNG ERFORDERLICH

Bitte bis Mo, 3. März 2008 per Fax 01/401 13-50 oder
E-Mail office@eu-umweltbuero.at

Einladung



DER VERTRAG VON LISSABON: demokratie- und umweltpolitische Aspekte

Der Vertrag von Lissabon: demokratie- und umweltpolitische Aspekte
11. März 2008, Anmeldung für . . . Person/en.

Titel, Vorname, NAME

Titel, Vorname, NAME

Organisation

Straße

PLZ, Ort

Tel.

Fax

E-Mail

Bildnachweis: Europäische Kommission DVR 0841421

Dienstag, 11. März 2008
9:00 – 12:30 Uhr

Albert Schweitzer Haus, Großer Saal
Schwarzspanierstraße 13, 1080 Wien



DER VERTRAG VON LISSABON: demokratie- und umweltpolitische Aspekte

Nach dem abgelehnten Vertrag über eine Verfassung für Europa einigten sich die Staats- und RegierungschefInnen im Oktober 2007 auf einen neuen Vertragstext, der am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnet wurde. Bis Anfang 2009 soll der Vertrag von Lissabon in allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert sein.

Was ändert sich nun mit diesem Vertrag, mit dem die beiden wichtigsten bestehenden Verträge (EU-Vertrag und EG-Vertrag) abgeändert werden? Bringt er das versprochene Mehr an Handlungsfähigkeit, Demokratie und Transparenz? Und welche Änderungen sind in umweltrelevanten Politikbereichen abzusehen? Diesen Fragen widmet sich die gemeinsame Veranstaltung von Lebensministerium und EU-Umweltbüro.

Am Anfang steht ein allgemeiner Überblick zum Vertrag: der Verhandlungsprozess, die wesentlichen Inhalte des Lissaboner Vertrages und die weiteren Schritte bis zu seinem Inkrafttreten.

Weiters werden demokratiepolitische Neuerungen erläutert: beispielsweise die Grundrechtscharta, das direkte Klagerecht vor dem EuGH oder die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens, wodurch das Europäische Parlament nun in mehr Politikbereichen gemeinsam mit dem Rat das Sagen hat – etwa in der Agrarpolitik. Interessant ist auch die Einführung der sog. Europäischen Bürgerinitiative als neues Instrument der Beteiligung der BürgerInnen.

Ebenso erhalten die nationalen Parlamente erstmals die Möglichkeit, ihre Meinung zur Einhaltung der Subsidiarität während des Gesetzgebungsverfahrens einzubringen. Weiters wurde das Abstimmungsverfahren im Ministerrat geändert.

Im zweiten Teil der Veranstaltung geht es um Nachhaltigkeit und Umwelt im Vertrag von Lissabon – welche Ergänzungen wurden vorgenommen und was ändert sich zur bisherigen Umweltpolitik. Am Beispiel der Europäischen Bürgerinitiative gegen den Euratom-Vertrag werden abschließend erste Erfahrungen mit diesem neuen direktdemokratischen Instrument erörtert.

Zur Veranstaltung sind insbesondere VertreterInnen von Verwaltung, NGOs, Interessensvertretungen und Politik geladen. Das Lebensministerium und das EU-Umweltbüro freuen sich auf Ihr Kommen!

9:00 REGISTRIERUNG

Kaffee/Tee

9:30 BEGRÜSSUNG

■ Elisabeth FREYTAG, EU-Koordination Umwelt im Lebensministerium

9:35 DER VERTRAG IM ÜBERBLICK

Einführung in den Vertrag

■ Ulla KRAUSS-NUSSBAUMER, Abteilung Europarecht im Außenministerium

Demokratiepolitik und BürgerInnenrechte

■ Verena MADNER, Institut für Österreichisches und Europäisches Öffentliches Recht, WU Wien

10:45 PAUSE

11:15 NACHHALTIGKEIT und EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE

Nachhaltigkeit, Umweltpolitik und Energiekapitel

■ Anna MUNER-BRETTNER, EU-Koordination Umwelt im Lebensministerium

Beispiel Europäische Bürgerinitiative gegen Euratom

■ Patricia LORENZ, Global 2000 / Friends of the Earth Europe

Diskussion

Moderation: Birgit REINER, EU-Umweltbüro

12:30 ENDE DER VERANSTALTUNG